

# Verdacht auf riesigen Betrug mit Eiern

200 Betriebe sollen Legehennen auf engstem Raum gehalten und dies als Freilandhaltung deklariert haben

Wer Eier aus Freilandhaltung kauft, zahlt dafür gerne etwas mehr. Doch wenn sich der Verdacht der Staatsanwaltschaft Oldenburg bestätigt, wurden Verbraucher getäuscht.

## Fortsetzung von Seite 1

**Oldenburg.** In Niedersachsen und weiteren Bundesländern sind Ermittler einem möglicherweise systematischen Betrug bei der Haltung von Legehennen auf der Spur. Die Staatsanwaltschaft Oldenburg ermittelt gegen rund 150 Betriebe in Niedersachsen, etwa 50 weitere Verfahren seien an Ermittler in anderen Ländern abgegeben worden, teilte die Behörde am Sonntag mit. Es bestehe der Verdacht, dass viel mehr Hühner auf engstem Raum gehalten wurden als erlaubt – sowohl in der Freiland- als auch in der Käfighaltung. Erste Ermittlungen seien im Herbst 2011 eingeleitet worden, sagte die Sprecherin der Staatsanwaltschaft, Frauke Wilken, nach einem entsprechenden Bericht des „Spiegel“.

## „Kein Kavaliersdelikt“

„Der Verdacht ist, dass es sich um systematischen Betrug handelt. Das ist kein Kavaliersdelikt, das wäre Verbrauchertäuschung“, sagte gestern der neue Landwirtschaftsminister Christian Meyer (Grüne). Er kündigte Konsequenzen an, falls sich der Verdacht bestätigen sollte. Ge-

prüft werde, ob den Betrieben die Zulassung entzogen wird. „Wir können aber erst entziehen, falls sich der Betrug bestätigt und die Betriebe überführt sind“, sagte Meyer.

Betroffen sind dem Minister zufolge überwiegend konventionelle Betriebe mit Freilandhaltung, aber auch einige Bio-Höfe. Für die Freilandhaltung

sind mindestens vier Quadratmeter Auslauffläche pro Huhn vorgeschrieben.

## Auch Haftstrafen drohen

Dem Bericht zufolge sind Millionen Bio-Eier verkauft worden, die so nicht hätten deklariert werden dürfen. Dass der Fall nun erst an die Öffentlich-

keit komme, hänge nicht mit dem am Dienstag in Niedersachsen vollzogenen Regierungswechsel zusammen, sagte Wilken. Es habe vor etwa zwei Wochen eine Anfrage des „Spiegel“ gegeben, der die Ermittlungen am Wochenende publik machte. Neben Niedersachsen sind demnach vor allem Nordrhein-Westfalen und Mecklen-

burg-Vorpommern betroffen. Ermittelt wird wegen möglicher Verstöße gegen das Lebensmittel- und das Futtermittelgesetz sowie das ökologische Landbaugesetz. Verstöße könnten mit Geldstrafen und Haftstrafen von bis zu einem Jahr geahndet werden. Auch Betrugsvorwürfe müssten geprüft werden. (dpa)

Foto: Winfried Rothermel

## Managergehälter langsamer gestiegen

Studie zu Einkommen 2011

**Düsseldorf.** Die Bezüge der Vorstände in den größten deutschen Unternehmen sind im Geschäftsjahr 2011 um 6,8 Prozent gestiegen – und damit etwas langsamer als im Vorjahr. Damals hatten sie um elf Prozent zugelegt. Das ist das Ergebnis einer Einkommensstudie der Managementberatung Kienbaum, aus der die „Wirtschaftswoche“ zitiert. Die Berater hatten dafür Kienbaum hat

die Bezüge von insgesamt 4494 Vorständen der größten Aktiengesellschaften und GmbHs mit über 250 Millionen Euro Umsatz oder mehr als 1000 Mitarbeitern analysiert. Demnach zahlten knapp zwei Drittel der Unternehmen ihren Topmanagern mehr, 38 Prozent kürzten die Zuwendungen. Je größer das Unternehmen und je höher die Vergütungen, umso geringer ist das Festgehalt. (dapd)

## Großbritannien verliert Bestnote

Moody's stuft Bonität von Aaa auf Aa1 herab

**London.** Rückschlag für Großbritannien: Erstmals hat eine der drei großen Ratingagenturen dem EU-Land die Bestnote bei der Kreditwürdigkeit entzogen. Moody's senkte den Daumen und stuft die Bonität der Briten von Aaa auf eine Stufe auf Aa1 herab. Ursachen seien die schwache Konjunktur und die steigende Verschuldung, teilte die US-Ratingagentur am Freitagabend in London mit. Die mittelfristige Wachstumserwartung für Großbritannien sei „schleppend“, heißt in

der Mitteilung, der Schuldenstand liegt bei rund 90 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Auch die anderen beiden großen Ratingagenturen, Standard & Poor's und Fitch, haben die drittgrößte Volkswirtschaft der EU seit geraumer Zeit auf einem negativen Ausblick. Das bedeutet, dass eine Herabstufung wahrscheinlicher geworden ist. Im Zuge der Finanz- und Schuldenkrise haben mehrere große Industriestaaten bereits ihre Top-Bewertung verloren. Nur noch wenige Länder

erhalten die Spitzennote von allen drei Ratingagenturen, darunter Deutschland. Die USA und Frankreich gehören dem exklusiven Klub bereits nicht mehr an.

Großbritannien will angesichts der Entscheidung nicht von seinem Sparkurs abweichen. Der Schritt von Moody's sei eine „deutliche Erinnerung“ an die Schuldenprobleme, vor denen Großbritannien stehe, sagte Schatzkanzler George Osborne nach der Bekanntgabe. (dpa)

## Foodwatch kritisiert Nahrungsmittel-Spekulanten

Deutsche Bank und Allianz sollen trotz Bedenken im eigenen Haus Geschäfte mit dem Hunger machen

Die Verbraucherorganisation Foodwatch hat die Deutsche Bank und die Allianz im Zusammenhang mit Finanzspekulationen auf Lebensmittelpreise erneut scharf kritisiert.

**Berlin.** Dokumente zeigten, dass die volkswirtschaftlichen Abteilungen der beiden Finanzriesen in der Vergangenheit eingeräumt hätten, dass solche Geschäfte Einfluss auf die Agrarpreise haben. Später hätten aber beide Häuser argumentiert, sie hielten an den umstrittenen Praktiken fest, weil es keine Beweise für negative Auswirkungen gäbe. Das teilte Foodwatch gestern in Berlin mit. Auch der „Spiegel“ hatte darüber berichtet. Foodwatch und andere Kritiker sind der Ansicht, dass die Spekulationsgeschäfte den Hunger in der Welt verschärfen.

In einem Allianz-Papier soll es demnach beispielsweise be-

reits 2008 geheißt haben: „Die Preisausschläge an den Agrarmärkten wurden durch spekulative Faktoren nicht ausgelöst, aber verstärkt.“ Die Deutsche-Bank-Abteilung DB Research soll in einem Dokument gewarnt haben: „Solche Spekulationen können für Landwirte und Verbraucher gravierende Folgen haben und sind im Prinzip nicht akzeptabel.“

## Bank: Kein Nachweis

Der Chefvolkswirt der Bank habe aber laut Foodwatch im Juni 2012 einem Bundestagsausschuss erläutert, es gebe „kaum stichhaltige empirische Belege für die Behauptung, dass die zunehmende Bedeutung von Agrarfinanzprodukten zu Preissteigerungen oder erhöhter Volatilität geführt hat“.

„Der eigentliche Skandal ist, dass Deutsche Bank und Allianz ganz genau wissen, welchen Schaden sie mit ihren Finanzprodukten anrichten – aber die Öffentlichkeit täuschen und so-

gar den Bundestag belügen, um weiterhin ohne Skrupel Geschäfte auf Kosten Hungernder zu machen“, sagte Foodwatch-Geschäftsführer Thilo Bode.

Die Deutsche Bank hatte Mitte Januar angekündigt, trotz der

Kritik an den Finanzanlagen auf Basis von Agrarrohstoffen festzuhalten. Nach einer ausführlichen Prüfung habe man „keinen Nachweis gefunden, dass die Spekulation für die Preisentwicklung verantwortlich ist“,

hatte Co-Vorstandschef Jürgen Fitschen am Rande der Grünen Woche gesagt. Der Vorstand habe daher beschlossen, entsprechende börsennotierte Fonds wieder zu vertreiben. Nach Protesten hatte das Geldinstitut das Geschäft mit solchen Anlageprodukten im vergangenen Jahr vorerst ausgesetzt.

## „Zahlreiche Vorteile“

Preisschwankungen gebe es „auch bei Abwesenheit von diesen Produkten“, hatte Fitschen gesagt. Eine Arbeitsgruppe der Bank stellte nach Konzernangaben nach umfassenden Analysen fest, „dass es kaum stichhaltige empirische Belege für die Behauptung gibt, die zunehmende Bedeutung von Agrarfinanzprodukten sei für Preissteigerungen oder erhöhte Preisschwankungen verantwortlich.“ Zugleich gebe es aber „zahlreiche Vorteile“ von Agrar-Terminmärkten für Landwirte und Nahrungsmittelverarbeitung. (dpa)



Für die einen ist Getreide ein Grundnahrungsmittel, für die anderen ein Spekulationsobjekt. Foto: Martin Schutt

## MELDUNGEN

### Betriebsrat wollte Zetsche loswerden

**Stuttgart.** Die Daimler-Betriebsräte wollten die Verlängerung des Vertrags von Vorstandschef Dieter Zetsche verhindern. Nach dpa-Informationen kam es dann aber zu einem Kompromiss. Damit wurde ein entsprechender Bericht des Nachrichtenmagazins „Spiegel“ bestätigt. Demnach haben sich die Arbeitnehmervertreter erst nach langwierigen Verhandlungen mit Aufsichtsratschef Manfred Bischoff auf den am Donnerstag getroffenen Kompromiss einer Vertragsverlängerung Zetsches um drei Jahre geeinigt.

### Von der Leyen lobt Amazon

**Berlin.** Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) hat den wegen seines Umgangs mit Leiharbeitern in die Kritik geratenen Versandhändler Amazon für seine Reaktion auf die Vorwürfe gelobt. „Ich begrüße, dass Amazon aktiv zur Aufklärung beiträgt und jetzt Betriebsräte fördern will“, sagte die Politikerin dem Magazin „Focus“. „Jeder versteht, dass Leiharbeit bei Auftragsspitzen wie vor Weihnachten ihre Berechtigung hat. Aber es muss immer fair und gerecht zugehen.“

### Weniger Gewinn für Bundesbank?

**Berlin.** Die Bundesbank wird in diesem Jahr laut Zeitungsbericht erneut weniger Gewinn an den Bund überweisen als geplant. Die Zahlung werde voraussichtlich unter einer Milliarde Euro liegen, meldet die „Bild“-Zeitung und beruft sich auf Informationen aus dem Bundesfinanzministerium. Eine Bestätigung dafür war dort gestern nicht zu erhalten. Dem Bericht zufolge muss die Bundesbank wegen der Euro-Schuldenkrise und den Finanzrisiken bei Geschäftsbanken erneut hohe Rückstellungen bilden.

### Bahn will wegen S21-Kosten klagen

**Stuttgart.** Der Aufsichtsrat der Deutschen Bahn empfiehlt seinem Vorstand beim Bahnprojekt „Stuttgart 21“ offenbar, die im Dezember bekannt gewordenen Mehrkosten notfalls von den Projektpartnern einzuklagen. Der Bahnvorstand solle „vertragliche Ansprüche zur Finanzierung aller Mehrkosten oberhalb des Finanzierungsrahmens von 4,526 Milliarden Euro“ gegenüber den Projektpartnern geltend machen, heißt es in einem Papier des Aufsichtsrats, das dem Nachrichtenmagazin „Focus“ vorliegt.

### Kühlschränke per Chip steuern

**Bielefeld.** Die Stromlobby will einem Zeitungsbericht zufolge die Kühlschränke der Verbraucher in der EU per Chip steuern, um mögliche Blackouts zu verhindern. Neugeräte könnten mit einem solchen Chip ausgestattet werden, der ins Übertragungsnetz „hineinhorche“, sagte Gerald Kaendler vom Verband europäischer Übertragungsnetzbetreiber Entso-e der „Neuen Westfälischen“.

### Angriffe durch chinesische Hacker

**Hamburg.** Deutsche Konzerne klagen über immer raffiniertere Angriffe auf ihre Computersysteme durch chinesische Hacker. Vor einigen Monaten habe es „eine bemerkenswerte“ Attacke auf die Rechner des europäischen Luft- und Raumfahrtkonzerns EADS gegeben, bestätigten Unternehmenskreise dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“.